

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Gründungsnummer Nr. 55

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 55

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 8.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 3541 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4spaltige Reklamezeile 5.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 285

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 13. Dezember 1921 (Lucia)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Rheinlands Deutschtum.

Neuestes in Kürze.

Koblenz, 11. Dez. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat Vertreter des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft aus den besetzten rheinischen Gebieten vom 14. bis zum 16. Dezember zu Besprechungen über die Wirtschaftslage in dem besetzten rheinischen Gebiet nach Koblenz eingeladen. Auch der Reichskommissar für die besetzten Gebiete nimmt teil.

Berlin, 13. Dez. Die Fabrikanlagen der Kalka-Kompagnie von Theodor Reichardt, G. m. b. H. in Wandersbeck, wurden am Sonntagmorgen zum zweiten Male in diesem Jahre von einem großen Feuer heimgesucht. Man schließt auf Brandstiftung.

Brüssel, 12. Dez. Die kaum gebildete Regierung in Belgien ist bereits einer Krise erlegen, bevor sie vom König ernannt worden ist. Die liberale Fraktion der belgischen Kammer hat am Samstag in einer Sitzung ausgesprochen, daß das Volk in seiner Mehrheit keine politische Regierung wolle.

Paris, 13. Dez. Eine Feuersbrunst vernichtete einen großen Teil der auf dem Gebiet von Montmartre stehenden Werkzeuge.

Wien, 12. Dez. Nach einer Meldung hat die Generalversammlung der Volksabstimmung für Leoben-Stadt auf den 14. Dezember und für die Umgebung auf den 16. Dezember anberaumt.

Rom, 11. Dez. Der deutsch-italienische Schiedsgerichtshof trat zur Eröffnungssitzung zusammen. Deutscherseits nehmen daran teil der deutsche Geschäftsträger v. Britowik, Oberlandesgerichtsrat Dr. Kabel (München), Reichsfinanzrat Dr. Scholz (Berlin).

Rheinland treudeutsch!

Die politischen Parteien der Rheinprovinz haben sich am Montag, 12. Dezember, in Koblenz zum Reichstag der Rheinländer versammelt. Zentrum, Sozialdemokratie, Deutsche Volkspartei, Deutsche Nationalistische Volkspartei und Deutsche demokratische Partei haben dabei einen gemeinsamen Aufruf beschlossen, in dem es heißt: „Im Augenblick schwerster wirtschaftlicher und politischer Not unseres deutschen Vaterlandes scheuen sich sonderbündlerische Kreise nicht, den Versuch zu machen, durch offenes Hochverrat das Rheinland vom Reich zu trennen. Diese Menschen, die wie sie selbst wissen, nur eine Handvoll Anhänger hinter sich haben, glauben sich auf eine fremde Macht stützen zu können. Sie werden sich täuschen. Unsere rheinischen Landsleute, erprobt in der Liebe zum Vaterland und geküßt gegen Druck und Zwang, treten geschlossen diesen nichtswürdigen Bestrebungen entgegen.“

Zur erprobung des Hattenkessels des Sonderbündlers Emsel betont der Aufruf: „Solange das Rheinland zu Preußen und dem Reich gehört, hat ein solcher Eingriff in das heilige Gebiet der bürgerlichen Freiheit des Volkes und ihren stärksten Schutzes, niemals stattgefunden. Wir verlangen dieselbe unbedingte Achtung vor der Unabhängigkeit und Freiheit der Rechte, die allen Kulturvölkern als die unantastbare Grundlage des staatlichen Lebens gilt.“

Am Schluss heißt es: „Die planmäßig betriebene Sehe gegen Preußen hat den Zweck, die Auflösung des Rheinlands vom Reich vorzubereiten. Auf eine Neugliederung des Reichs auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung kommt es den Sonderbündlern in Wirklichkeit nicht an, vielmehr wird man offen für eine angeblich neutrale Rheinische Republik, die tatsächlich unter französischer Kontrolle stehen und noch dazu zum wirtschaftlichen Untergang verurteilt sein würde. Auch wirtschaftlich ist das Rheinland auf Gedeih und Verberb mit dem großen deutschen Vaterlande untrennbar verbunden. Es ist ein Verwahn zu glauben, daß eine selbständige Rheinische Republik oder ein annektiertes Rheinland weniger an Wiederherstellungsstellen und Steuern zu tragen haben würde als das übrige Deutschland, oder daß die Last der Besetzung geringer sein würde. Die Einführung der französischen Verwaltung würde, wie das Beispiel des Saarlandes zeigt, den Zusammenbruch unserer rheinischen Wirtschaft beschleunigen.“

Feierlich erklären wir: Im Abwehrkampf gegen Hochverrat und Unmoralität erneuern wir unser Bekenntnis vom 9. Juni d. J., daß für die Dauer der Besetzung rheinischen Gebiets eine Abstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung nicht erfolgen kann. Wir halten auf ewige Zeiten fest

am Deutschen Reich und wollen von einer Loslösung rheinischer Gebiete nichts wissen. Das ist die innerste Überzeugung und der entschlossene politische Wille der Rheinländer.“

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei schließt sich in einem besonderen Aufruf an.

Die Kreditverhandlungen.

Berlin, 13. Dez. Dr. Rathenau, der vorgestern aus London zurückgekehrt ist, hat vor den deutschen Regierungsmitgliedern über sein Reiseergebnis Bericht erstattet und die Gründe, die er aus London mitbringt, ausführlich mit Reichskanzler Dr. Brüning erörtert. Die zuständigen Stellen schweigen sich über den Inhalt der von Dr. Rathenau gemachten Mitteilungen vollständig aus.

Der katholische Frauenbund.

Worms, 10. Dez. Der Frauentag des katholischen Frauenbundes nahm einen würdevollen Verlauf. Die Winterarbeit wurde beraten, der Vortrag von Frau Dr. Straß (Köln): Was wir unserer Bundesjugend schulden, und der von Frau Dr. Philipp (Pforzheim): Unsere Hausfrauenarbeiten und ihre Einwirkung auf den neuen Aufbau der Zeit, wurden gehört und besprochen. Die öffentliche Versammlung am Nachmittag war sehr stark besucht. Es sprachen ferner Frau Gräfin Gramberg (Weidenberg) über Frauenbildungs- und Berufsfragen, Reichstagsabg. Frau Dr. Trautwein (München) über den Verlauf der Jugend im öffentlichen Leben. Der Verlauf der Tagung hat zweifellos dazu beigetragen, für den katholischen Frauenbund zu wirken.

Die Lebenshaltung.

Berlin, 12. Dez. Die Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes liegt von 2460 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 3416 oder um 38,9 v. H. im Durchschnitt des Monats November und überschritt das Katastrophenniveau vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit. Gegenüber dem Vormonat liegen Getreide und Kartoffeln auf 3197, Fleisch, Fisch und Gesteine auf 3154, Kolonialwaren von 3099 auf 2923, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen auf 2417 auf 3308, ferner Säule und Leder von 4539 auf 6077, Textilien von 4176 auf 6518, Metalle von 2905 auf 5123, Kohle und Eisen von 1885 auf 3380, Industriestoffe zusammen von 2539 auf 3618, vorwiegend im Ausland erzeugte Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Kohle und Eisen) von 2235 auf 2967, vorwiegend aus dem Ausland eingeführte Waren von 3585 auf 5662, der Dollarkurs im Durchschnitt des Monats November gegenüber dem Oktober in Berlin um 75,1 v. H. (Jahresumme der Einfuhrwaren mit einer Preiserhöhung um 57,9 v. H. nahe, während sich die Preissteigerung der Ausfuhrwaren gleichzeitig um 23,8 v. H. hob.

Der Jagdprozess.

Leipzig, 12. Dez. Generalleutnant von Gölßen sagt aus: Am Abend des 12. März erfuhr ich, daß Kottwitz nach einem Zusammenstoß mit Röske entlassen worden war. Ich habe Kottwitz von seinem Vorgehen abzuweisen. Ich war Zeuge einer sogenannten Kabinetsregierung, in welcher ich die drei Angeklagten sah. Die Verhandlung machte einen ziemlich verworrenen Eindruck. Später wurde ich beauftragt, Vermittlungsvorschläge der Mittelpartei an Kottwitz zu überreichen. Ich fuhr zum Reichstag und überbrachte diese neuen Nachrichten, die wie eine Bombe einschlugen.

Reichsjustizminister a. D. Schiffer äußert sich über die Übertragung des Kabinetts. Der Zeuge schlug vor, die große Mehrheit der Regierung solle Berlin verlassen. Er selbst wolle als Vertreter des Reichskanzlers in Berlin bleiben. Morgens traf Kottwitz ein. In einer Sitzung der Staatssekretäre wurde vorgeschlagen, Kottwitz von der Ausföhrlichkeit seines Unternehmens zu überzeugen. Oberst Bauer wollte mit dem Zeugen verhandeln, er lehnte aber ab. Am nächsten Morgen erschienen von Oden, Bauer und Ehrhardt bei dem Zeugen. Als Nachfolger Kottwitz wurde von Oden vorgeschlagen. Inzwischen kam ein Offizier und meldete, daß Kottwitz Bedenken trage, sich auf den Boden der von ihm geplanten Vorlesung zu stellen. Der Zeuge wehrte sich gegen die Unterfertigung, als ob er ein Amnestie-Verprechen gegeben habe. Es liegt offenbar eine Verwechselung mit den Besprechungen der Parteiführer vor. Es wird ein Brief Kottwitz' vorliegen, in dem er seinen Austritt erklärt, sich über die Unterfertigung seines Vorgehens usw. äußert und den Vorwurf des Hochverrats zurückweist. Nur gegen Hunger und Bolschewismus habe er sich wenden wollen.

Staatssekretär a. D. Freiherr von Falkenhäusen erklärt, die Einladungen an die Regierungen der Länder sind wohl von Kottwitz allein ausgegangen, aber es ist möglich, daß in der Kabinetsregierung davon die Rede gewesen ist. In dem eigenen Kreis, der immer dabei war, wenn etwas Wichtiges verhandelt wurde, gehörten die drei Angeklagten und ich. Kottwitz wollte meines Erachtens die Herrschaft der Parteien erreichen durch eine Regierung, die nach sachlichen Gesichtspunkten arbeitete. Ich muß gestehen, daß ich an eine Rennerung der Verfassung dabei nicht gedacht habe.

Nachrichtensmann Schwan aus Emden gibt an, daß er und zwei andere Offiziere sich am 13. März geweiht haben, den Marsch der Ehrhardt-Brigade mitzumachen. Wir wurden des Dienstes entbunden. Ein strafgerichtliches Verfahren wurde nicht eingeleitet. Unter den Mannschaften war der geplante Putsch ein offenes Geheimnis.

Englische Stimmen.

London, 12. Dez. Die Presse begrüßt das Washingtoner Viermächteabkommen als einen neuen Schritt zum Weltfrieden. Der Daily Telegraph schreibt, das ansehende Unmögliche sei Tatsache geworden. Das englische Bündnis mit Japan, das noch enger als die irische Frage den Weg zu einem Ginevernehmen mit den Vereinigten Staaten versperrte, bestehe nicht mehr. In Washington nehme man an, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit im Senat leicht erzielt werde.

Der irische Friede.

London, 12. Dez. Kardinal Logue, Haupt der römisch-katholischen Kirche in Irland, hat eine Zusammenkunft der irischen Bischöfe für morgen einberufen, um formell der Ansicht Ausdruck zu geben, daß der englisch-irische Friedensvertrag bekräftigt werden müsse. Es verläutet, daß alle Bischöfe für die Ratifizierung des Friedensvertrages sind.

Das englische Parlament.

London, 12. Dez. Die Adressen beider Häuser des Parlaments am Mittwoch werden die Vertiefung enthalten, daß das Parlament dem irischen Abkommen zustimme und bereit ist, ihm Wirkung zu verleihen. Sofort nach Genehmigung der Adressen werde das Parlament wieder vertagt werden. Man hoffe, daß es dem Parlament dadurch ermöglicht wird, sich noch in dieser Woche zu verlagern.

Witter und das irische Abkommen.

London, 12. Dez. Der Erste Minister von Irland, Sir James Craig, erklärte heute im Unterparlament, die Lage sei sehr ernst. Witter sei entschlossen, keinen Zollbreit von dem Wege abzuweichen, den es sich vorgenommen habe, und werde seine Ideale nicht ändern. Craig beschuldigte Lloyd George, sein Versprechen nicht gehalten zu haben. Die Lage sei durch die Unterzeichnung des Vertrages so verwickelt worden wie nie. Craig sagte: Wir wurden in den Vertrag nicht einbezogen. Wir wurden nicht aufgefordert, ihn zu unterzeichnen. Der Vertrag erfüllt nicht das, was die irische Bevölkerung gegeben versprochen, daß seine Rechte nicht beeinträchtigt oder geopfert werden sollten.

Den Wählern zufolge war in Belfast antwort bekanntgegeben worden, daß Lloyd George darum ersucht hatte, daß Craig keinerlei öffentliche Äußerungen tun möchte, die das Sinn-Fin-Parlament bei der Erörterung des Vertrages am Mittwoch beeinflussen könnten.

Der Erfolg der Türken.

Paris, 12. Dez. Mustafa Kemal richtete an die türkische Bevölkerung einen Gruß, worin es heißt: Dem mit Frankreich geschlossenen Abkommen zufolge stehen die türkischen Behörden nach Adana zurück, das seit Jahrhunderten der Türkei gehörte, seit dem großen Kriege aber militärisch besetzt war. Frankreich und seine Regierung haben das Recht der Türkei auf ein unabhängiges Leben anerkannt.

Wieder ein Attentat in Japan.

Paris, 12. Dez. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Tokio ist gestern ein Mordanschlag auf den kürzlich ernannten Ministerpräsidenten Taka Gashi verübt worden. Das Attentat ist das zweite innerhalb wenigen Tage. Mehrere Personen wurden verletzt.

Unruhen in Japan.

In Tokio ist wieder etwas nicht in Ordnung. Man hört von Massenunruhen und Brandstiftungen. Die japanische Regierung ist bemüht, nichts von den Vorgängen ins Ausland gelangen zu lassen, aber die unsichere Haltung ihrer Vertreter in Washington ist kein gutes Zeichen.

Kleine Nachrichten.

Verkehrsbeschränkungen aufgehoben.

Die im Bezirk der Eisenbahndirektion Köln beschlenen Verkehrsbeschränkungen im Einzugsbereich sind vollständig aufgehoben. Von der am 5. Dezember für den Direktionsbezirk Köln allgemein beschlossenen Verkehrsbeschränkung sind inzwischen Lebensmittel und Brennstoffe ausgenommen. Mit der vollständigen Aufhebung dürfte, wenn nicht unvorhergesehene Verhältnisse eintreten, in den ersten Tagen noch dieser Woche gerechnet werden.

850jähriges Jubiläum der Stadt Gölitz.

Gölitz, 12. Dez. Gestern feierte die Stadt Gölitz ihr 850jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß fand Samstag im Parkhotel der Stadthalle mit Rücksicht auf die ersten wasserländischen Verhältnisse nur eine schlichte Gedenkfeier statt, wozu neben den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden auch die Bürgermeister der Städte Leuben, Landau und Rameta sich einfanden.

Die Grundlage.

Seit dem wirtschaftlichen und staatspolitischen Zusammenbruch Ende 1918 und Anfang 1919 haben wir allgemein von einem Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen und nationalen Seins. Wie heute die Dinge liegen, haben wir kaum einen Anspruch mehr darauf, von einem Wiederaufbau zu reden. Von einem solchen konnten wir mit einem gewissen Recht im Frühjahr 1920 sprechen, als die Wirtschaft sich wieder lehte, als die alten deutschen Tugenden der Arbeitsdisziplin, der Arbeitswilligkeit wiederkehrten und tatsächlich das Empfinden vorherrschte, es geht mit uns wieder aufwärts. Seitdem wir die Lasten des Ultimatum von London auf unseren Schultern tragen, haben wir die umgekehrte Empfindung. Und vor allem seitdem wir sie zu erfüllen begonnen, haben wir das Gefühl, daß wir nicht wiederaufbauen, sondern daß wir bestenfalls das Mauerwerk unserer Wirtschaft nur mehr stützen, um das zusammenzuhalten, was zu bersten und zu zerbrechen droht.

Die Erfüllung der Reparationen faßt das Herzblut aus unserer Wirtschaft. Die Mark muß sinken, je mehr Mark wir aufwenden zu gewöhnen sind, um Devisen zu kaufen. Und je tiefer die Mark sinkt, um so betrieblicher arbeitet die Notensprelle. Immer neue käufliche, zusätzliche, vielfach falschem Konsum dienende Kaufkraft wird geschaffen. Die Flucht aus der Mark, nicht bloß ins Ausland, sondern auch ins Inland, führt zu einem übermäßigen Warenaufbau, zu Warenentblöhung und starker Preissteigerung. Da infolge der Markentwertung deutsche Ware heute weit unter dem Weltmarktpreis gehandelt werden kann, findet eine außerordentlich starke Ausfuhr statt. Aus dem Kleinhandel wurde gelegentlich einer Sitzung des Außenhandelskontrollausschusses des Reichswirtschaftsrates mitgeteilt, daß der Umsatz im Oktober d. J. das Dreifache eines gewöhnlichen Monatsgeschäftes ausmachte. In der ersten Hälfte des Monats dürfte das Verhältnis noch größer sein. Damit dieser Exportfähigkeit der deutschen Waren hat die Industrie augenblicklich starke Aufträge. Aber das wird kaum so bleiben!

Ein großer Teil der Waren, der in den letzten Wochen so reichlich in den Konsum des Inlandes und Auslandes floß, ist gefertigt aus ausländischen Rohstoffen. Diese müssen wieder ersetzt werden. Bei der teuren Mark werden zur Beschaffung der notwendigen Rohstoffe aus dem Ausland die nötigen Mittel fehlen. Hat man doch das starke Ansteigen der Devisen in den letzten Wochen nicht zuletzt auch darauf zurückgeführt, daß für den künftigen Rohstoffeinkauf Devisen um jeden Preis begehrt wurden. Werden aber im Frühjahr viele leicht schon die Rohstoffe knapp, dann schlägt die derzeitige Konjunkturlage in das Gegenteil um. Wir haben dann die schwere Wirtschaftskrise, mit all den Folgen, die sich aus einer solchen ergeben müssen. Stodt dann zugleich die Ausfuhr und bringt sie verhältnismäßig wenige Devisen herein, wovon sollen wir dann die Lebensmittel bezahlen, deren wir vom Ausland unter allen Umständen bedürfen? Denn Deutschland ist nicht etwa ein geschlossener Handelsstaat, der das, was seine Bevölkerung zum Leben braucht, selbst hervorbringt. Was unsere Erzeugung hervorbringt, muß teilweise erst auf fremde Märkte gehen, dort verkauft und in fremde Währung umgesetzt werden, mit der wir dann wiederum die Rohstoffe und Lebensmittel kaufen, deren unser Volk zu seiner Daseinsfristung bedarf.

Je mehr wir uns aber bestreben, durch eine Steigerung der Lebensmittelerzeugung in eigenen Lande vom Auslande unabhängig zu werden, verbessern wir unsere allgemeine wirtschaftliche Lage. Und je mehr wir umgekehrt die Ausfuhr vom Ausland her eindämmen, um unentbehrliche Rohstoffe von dort her einführen zu können, arbeiten wir einer Wirtschaftskrise entgegen, die in ihren Folgen unberechenbar sein kann. Wie sieht's aber nach letzterer Richtung hin aus? Nach den Mitteilungen des Reichswirtschaftsministers in der Reichstagsitzung vom 7. November kamen an (größtenteils französischen) Waren, die nicht für die Einfuhr notwendig sind, durch die Einfuhrstelle nach Deutschland hinein: Konsumgüter für 50 Millionen Mark, Wein, Champagner, Cognat, Rör und Branntwein 900 Millionen Mark. Das war innerhalb 4 Monaten, in einem so kurzen Zeitraum. Es sind eingeführt weiter an Parfüm, Del, Fuder, Schminke für 17 1/2 Millionen Mark, Wäsche, Spitzen 360 Millionen Mark, Berlin und Edelsteine 59 Millionen.

Bringen wir Ein- und Ausfuhr wieder in ein Gleichgewicht, wie vor dem Kriege, dann kommen wir einer aktiven Zahlungsbilanz näher. Ordnen wir unsere Finanzen und bringen wir die Notensprelle zum Stillstand, dann beseitigen wir Inflation und zusätzliche Kaufkraft und leisten Vorarbeit für eine Währungsreform. Alles andere ist vorläufig nebensächlich!

